

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift  
Tageblatt Riefa,  
Fernruf Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpostamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1580.  
Strohkasse:  
Riefa Nr. 52.

Nr. 107.

Montag, 9. Mai 1932, abends.

85. Jahrgang.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewerbe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Beschlusssort: Riefa. Wichtige Anzeigerbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riefa.

## Die Frage der Statsbalancierung.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Dem heute zusammengetretenen Reichstag unterbreitete die Regierung den Etat für das Jahr 1932/33. Bis zum 1. Juli gilt der vorhergehende Etat. Mit dem 1. Juli soll der reguläre Haushalt in Kraft treten, über den die Regierung schon seit Monaten berät und der sie auch in den letzten Tagen vor erheblichen Schwierigkeiten stellte. Denn immer wieder zeigte sich der Rückgang der Steuereinnahmen, ergab sich, daß die Wirtschaftsschwierigkeiten und die Arbeitslosigkeit jeden Steuervoranschlag über den Haufen warfen, mit seinen bestimmten Einnahmen mehr zu rechnen ist und somit die größten Schwierigkeiten bestehen, einen Etat zu balancieren. Wenn der Etat des letzten Jahres noch mit 8800 Millionen Mark in der Ausgabe abschloß, so liegt der neue Etat bereits weitere Einsparungen von 700 Millionen Mark vor, aber auch sie genügen noch nicht bei den dauernden Abstrichen der Steuereinnahmen. Es ist eine Unterbilanz von rund 400 Millionen vorhanden, deren Deckung bis zur Stunde noch nicht gelang. Und dabei ist in diesem Etat keinerlei Ausgabe für Reparationen und Schuldbildungen eingelegt. Die Regierung stand auf dem Standpunkt, daß sie die Verhandlungen von Lausanne gar nicht erst abzuwarten brauche, da gar keine Möglichkeit vorhanden wäre, irgend welche Zahlungen zu leisten und mit allem Nachdruck auf die Streichung oder Stundung der Reparationen und Schuldbildungen gedrungen werden muß.

Es sind nun Gerüchte im Umlauf gewesen, die Regierung plane den rechnerischen Ausgleich — einen tatsächlichen kann es angesichts der Unsicherheit der Steuerlage nicht geben — durch eine Zwangsanleihe und einer Erweiterung der Vermögenssteuer. Diesen Gerüchten lehnte die Regierung sofort ein Dementi entgegen, ohne indessen den Zweifel darüber, daß neue Steuern geplant seien, ganz zu beseitigen. Es heißt nunmehr, man denke an eine Änderung der Kräftesteuer. Jedenfalls wird die Regierung dem Reichstag über ihre Absichten klaren Wein einschenken haben. Eines steht fest, daß der Reichstag geschlossen gegen jede wie auch geartete neue Erhöhung ist und einer Zwangsanleihe aus dem Grunde erheblichen Widerstand entgegenzusetzen werden würde, weil die Prämien- oder die Zwangsanleihe das letzte Mittel zur Geldbeschaffung für die Arbeitsbeschaffung bedeuten. Es drängt nunmehr, auch im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt, alles darauf hin, daß Problem der Arbeitsbeschaffung zu lösen, über das in der Regierung bereits eingehend genug gesprochen worden ist, das aber nach keiner Richtung hin irgendwelche Klärung gefunden hat. Mit Recht kommen aber Zweifel auf, daß die Regierung tatkräftig genug die Arbeitsbeschaffung verfolge. Es sind Anzeichen vorhanden, als ob gleichzeitig eine Reform der Sozialversicherungen geplant ist. Damit aber würde das Arbeitsbeschaffungsproblem außerordentlich erschwert und für Monate verzögert. Mit Recht wird die Forderung erhoben, jedes Experiment, jede Reform in der Sozialversicherung einzuhalten, hinauszuschieben, vor allem davon abzuhellen, eine Senkung der Sozialleistungen zu dekretieren. Nämlich, wenn es gelänge, den Arbeitsmarkt zu beleben, damit die Versicherungsanstalten, Länder und Gemeinden von den Unterstützungslasten teilweise zu befreien, so wäre eine Vorwegnahme der Sozialleistungen überflüssig, da ja in diesem Falle die Gesundung der Versicherungsanstalten die Entlastung des Reiches, der Länder und Gemeinden folgerichtig vollziehen müßte.

Der Reichstag ist angesichts dieser bevorstehenden wichtigen Entscheidungen auf Kampf eingestellt und es kann leicht möglich sein, daß die Meinungen hart aufeinanderprallen, wenn die Regierung es nicht versteht, die unkritischen Fragen zunächst aus der Debatte zu lösen.

## Albert Thomas †

Paris, 9. Mai.

Der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes beim Völkerverbund in Genf, Albert Thomas, ist hier im 54. Lebensjahr plötzlich gestorben. Thomas speiste gegen Mitternacht in einem Restaurant, als plötzlich sich Atembeschwerden einstellten und er ohnmächtig wurde. Auf dem Wege in ein Hospital starb er.

Albert Thomas war von Beruf Oberlehrer. Bereits früh trat er in die sozialistische Bewegung ein. 1910 wurde er in die Kammer gewählt, 1915 zum Munitionsmister und nach Friedensschluss zum Leiter des Internationalen Arbeitsamtes ernannt. Thomas, der der gemäßigten Richtung angehörte, hat sich von Anfang an der Gewerkschaftsbewegung genähert und war auch der Gründer der bekannten Revue Syndicaliste.

## Mertys Rücktritt angenommen

Wendung in der slowaker Memelpolitik?

Kowno, 9. Mai.

Das Rücktrittsgeßuch des Gouverneurs Mertys ist angenommen worden.

Wie verlautet, soll gegenwärtig ein vollständiger Systemwechsel in der litauischen Memelpolitik erwogen werden, wonach die Ernennung des neuen Gouverneurs erfolgen werde. Es soll beabsichtigt sein, dem kommenden Gouverneur in

## Bedeutende außenpolitische Rede des Reichskanzlers. Lausanne — die letzte Rettung.

(Berlin. Der Berliner Verband der auswärtigen Presse veranstaltete am Sonntag mittag im Bürgeraal des Schöneberger Rathhauses eine politische Matinee.)

Zunächst ergriff der Vorsitzende des Berliner Verbandes der auswärtigen Presse, Dr. Thum, das Wort. Nach einem Hinweis auf den Wirkungsbereich der Presse hob er die Bedeutung der individuellen Arbeit der Presse hervor, die mit Stolz ihre eigene politische Färbung unter allen Umständen aufrecht erhalten und sie gegen jede Uniformierung schützen wolle. Aus den heftigen und oft weit auseinandergehenden Erörterungen über die deutsche Außenpolitik mag man nicht auf eine Verschiebenheit über das Ziel des außenpolitischen Willens schließen. In diesem Ziele gebe es vielmehr im ganzen Reich nur eine einheitliche Auffassung. (Lebhafte Beifall.)

Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Verbandes, Dr. Thum, nahm der

### Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte:

„Ich begrüße es, daß diese Veranstaltung des Berliner Verbandes der Auswärtigen Presse mir Gelegenheit gibt, vor so zahlreichen und maßgebenden Vertretern der deutschen Presse mich über die Sorgen und Aufgaben der Gegenwart offen auszusprechen. Ich kann dadurch auch am besten dem Verdacht entgegenreten, der mir gelegentlich verstreut und offen — das letztere war die Regel — ausgesprochen wurde, daß ich die Reizung hätte, den Kontakt mit der deutschen Presse über das normale und durch sachliche Rücksichten gebotene Maß hinaus zu „rationieren“. Die Rotationsmaschinen haben mehr Appetit, als die Staatsmänner befriedigen können. Davon aber, bitte ich Sie, überzeugt zu sein, daß ich die Bedeutung und die Unentbehrlichkeit Ihrer journalistischen Arbeit viel zu hoch werte, um in dem lebendigen Kontakt mit der Presse nicht eine der wichtigsten Aufgaben meines Amtes zu sehen. Während und nach meiner Wahlkampagne für den Herrn Reichspräsidenten hat dieser Vorwurf allerdings eine bedeutende Korrektur ins Gegenteil erfahren.“

Das außenpolitische Plus, das die mit so gewaltiger Mehrheit vollzogene Wahl Hindenburgs zweifellos darstellt, war die vorübergehende Abwesenheit von Genf vollauf wert. Die Wiederwahl unseres Reichspräsidenten hat eine Epoche von Konflikten und inneren Zwistigkeiten beendet. Jetzt heißt es, sich einhellig hinter seine verehrungswürdige Person zu scheren, um der internationalen Autorität seiner Persönlichkeit bei den kommenden außenpolitischen Aktionen die moralische Stütze hinzuzufügen, die der einige Wille eines großen Volkes dem Oberhaupt der Nation zu sichern vermag.

Nach vollzogener Präsidentenwahl bin ich dann nach Genf gefahren, um dort mich der Behandlung der außenpolitischen Probleme zu widmen. Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen, wenn ich neben die deutschen Interessen gleich das der anderen stelle. Das ist ja gerade das Anglied des Versailler Friedensvertrages und der ihm nachgemodelten anderen Friedensverträge gewesen, daß man geglaubt hat, daß einzelne Länder sich alles Gute und Wertvolle dieser Erde sichern, sich sozusagen alles Glück verschaffen könnten, während dem Unterlegenen nur das Unglück überlassen bleiben könnte, den Besiegten sozusagen nur die Tränen gestattet werden könnten, um ihr Unglück zu beweinen. Von einer solchen innerlich unwarhren, naturwidrigen Friedenskonzeption geht alles Verhängnis aus; sie hat sich in der Nachkriegszeit als vollkommen irrig erwiesen.

Es hat sich vieles gegenüber Deutschland zum Besseren gewendet. Die Atmosphäre des Hasses ist vielfach gemilchert. Aber in Vielem, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, besteht diese Ungleichheit fort; in der Sicherung der Heimat mit allen damit verbundenen unabwägbareren seelischen und tatsächlichen Besitz, sind wir in einem Zustand minderen Rechtes geblieben. Hiergegen bäumt sich ganz Deutschland mit Recht auf.

Vor wenigen Tagen wurde unser Land erregt durch das Gerücht von einer bevorstehenden Besetzung Danzigs. Das Gerücht war unbegründet; aber wie hätte es so tiefe Beunruhigung, so tiefe Sorgen vor einem Konflikt mit allen seinen unausdenkbaren Folgen herbeiführen und uns alle

keinen Mitteln zu beschränken und ihn so stärker als bisher in das System der slowaker Politik einzuordnen. Daß das Direktorium Simails bereits Anfang der Woche die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis ziehen wird, wird für wahrscheinlich gehalten. Der neue Landtag soll — was ja auch durch das Memelstatut eindeutig vorgeschrieben ist — das neue Direktorium bilden, doch läßt man den Wunsch durchblicken, daß die Mehrheitsparteien des neuen Memellandes bei der Wahl der künftigen Direktoriumsmitglieder es der litauischen Regierung erleichtern möchten, die neue Politik im Memelgebiet so bald wie möglich im Interesse beider Teile in Gang zu bringen.

auf das tiefste erschüttern können, wenn eben nicht diese Ungleichheit bestanden hätte.

Was von der Abrüstungsfrage gilt, gilt im gleichen Maße von den Reparationszahlungen. Längst ist in allen denkenden Köpfen die Ueberzeugung Gemeingut, daß Deutschland die ungeheuren ihm auferlegten Zahlungen nicht leisten kann. Ja, mehr als das, daß diese Zahlungen entscheidend dazu beigetragen haben, den wirtschaftlichen Wirtwart in der Welt herbeizuführen, ihn bis ins Unerträglichste zu vergrößern und bei ihrer Fortdauer jede Möglichkeit der Besserung auszusparen. Deutschland hat für den von ihm verlorenen Krieg wie wohl kaum ein Volk in der neueren Geschichte gelitten und Opfer bringen müssen.

Einmal aber müssen diese Opfer ihr Ende haben! Einmal muß der Schlussschritt gezogen, einmal muß auch diese Rechnung als beglichen anerkannt werden, wenn wirklich der Krieg als beendet erklärt werden soll!

Auch hierüber habe ich vor Ihren Kollegen in Genf klar und unmißverständlich gesprochen. Ich habe gesagt, es ist zwar kein Krieg mehr, aber es ist auch kein Friede. Es ist ein Zwischenzustand, der im Interesse der Welt endlich sein Ende finden muß.

In den Staatsmännerbesprechungen in Genf ist auch hierüber gesprochen und das Gerüst für die Lausanner Konferenz aufgeführt worden. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, welchem Geschick nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt entgegengehen wird, ob sie weiter in Elend und Sorge versinken oder endlich wieder den festen Grund finden wird, von dem allein ein Wiederaufbau, eine Epoche fortschreitender Entwicklung möglich ist.

Wir können nicht mehr warten, weil die Völker nicht mehr warten wollen und nicht mehr warten werden. Was uns nottut, ist nicht eine Multiplikation der Konferenzen, sondern die beschleunigte und die ganze Tat!

Im Zeichen dieses Tatwillens muß Lausanne stehen, sonst wird es nicht zum Meilenstein des Lebens, sondern zum Wegweiser des Zusammenbruchs werden!

Ich bin gewiß so pessimistisch, als jeder Staatsmann sein muß, der immer, wenn er richtig denken und handeln will, den ungünstigsten Ausgang auch in seine Rechnung stellen muß. Aber in einem bin ich absoluter, überzeugter, wenn Sie wollen hundertprozentiger Optimist: ich bin Optimist im Glauben an die unabhängige Zukunft unseres Volkes und unseres Reiches. Aber diese Zukunft wird Erfüllung finden, wenn ein geeinter und gestählter Wille des gesamten Volkes sich der Erreichung dieses Zieles stark und opferbereit wehrt. Und die Erfüllung dieses Verprechens wird uns leichter durch das Beispiel des Reichspräsidenten, der uns allen ein anfeuerndes Vorbild ist.“

Generalkonful Maas, der Verleger der „Königlichen Zeitung“, dankte dem Reichskanzler und betonte, daß wohl kein Berufsstand in Deutschland seiner Tätigkeit mehr Verständnis entgegenbringen könne, als gerade die Vertreter der Presse.

An der Matinee nahmen zahlreiche führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil, darunter Reichsminister Schiele und die Staatssekretäre Bänder, von Bülow, Trendelenburg, Sautter, Zweigert und Geib, Generalleutnant Hasse und der Chef der Marineleitung Admiral Raeder, von der Preussischen Staatsregierung die Minister Severing, Steiger, Schmidt, Grimme und Klepper. Das Diplomatische Korps war unter Führung des Nuntius Montignore Orsenigo fast vollständig vertreten sowie hervorragende Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft und führende Verleger und Journalisten aus dem ganzen Reich. Besonders zahlreich waren die Stellen vertreten, mit denen die Presse beruflich eng zusammenarbeiten muß, namentlich die Presseabteilung der Reichsregierung und die Pressereferenten der Ministerien des Reiches und Preußens.

## Außengelder für die Türkei.

Laut Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion hatten der türkische Ministerpräsident Ismet Pascha und Außenminister Tewfik Ruchdi Bei während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion wiederholt sehr herliche Unterredungen mit allen verantwortlichen Leitern der Sowjetunion. Die Sowjetregierung eröffnete der Türkei einen langfristigen Kredit in Höhe von acht Millionen Dollar, der der Türkei den Ankauf russischer Maschinen ermöglichen soll und von der Türkei in Jahresraten in Natura abgegolten werden wird.

Einmal... Riefaer... Tag... abends... 1932... abends... 85. Jahrgang... Die Frage der Statsbalancierung... (Von unserem Berliner Vertreter.)... Dem heute zusammengetretenen Reichstag unterbreitete die Regierung den Etat für das Jahr 1932/33. Bis zum 1. Juli gilt der vorhergehende Etat. Mit dem 1. Juli soll der reguläre Haushalt in Kraft treten, über den die Regierung schon seit Monaten berät und der sie auch in den letzten Tagen vor erheblichen Schwierigkeiten stellte. Denn immer wieder zeigte sich der Rückgang der Steuereinnahmen, ergab sich, daß die Wirtschaftsschwierigkeiten und die Arbeitslosigkeit jeden Steuervoranschlag über den Haufen warfen, mit seinen bestimmten Einnahmen mehr zu rechnen ist und somit die größten Schwierigkeiten bestehen, einen Etat zu balancieren. Wenn der Etat des letzten Jahres noch mit 8800 Millionen Mark in der Ausgabe abschloß, so liegt der neue Etat bereits weitere Einsparungen von 700 Millionen Mark vor, aber auch sie genügen noch nicht bei den dauernden Abstrichen der Steuereinnahmen. Es ist eine Unterbilanz von rund 400 Millionen vorhanden, deren Deckung bis zur Stunde noch nicht gelang. Und dabei ist in diesem Etat keinerlei Ausgabe für Reparationen und Schuldbildungen eingelegt. Die Regierung stand auf dem Standpunkt, daß sie die Verhandlungen von Lausanne gar nicht erst abzuwarten brauche, da gar keine Möglichkeit vorhanden wäre, irgend welche Zahlungen zu leisten und mit allem Nachdruck auf die Streichung oder Stundung der Reparationen und Schuldbildungen gedrungen werden muß. Es sind nun Gerüchte im Umlauf gewesen, die Regierung plane den rechnerischen Ausgleich — einen tatsächlichen kann es angesichts der Unsicherheit der Steuerlage nicht geben — durch eine Zwangsanleihe und einer Erweiterung der Vermögenssteuer. Diesen Gerüchten lehnte die Regierung sofort ein Dementi entgegen, ohne indessen den Zweifel darüber, daß neue Steuern geplant seien, ganz zu beseitigen. Es heißt nunmehr, man denke an eine Änderung der Kräftesteuer. Jedenfalls wird die Regierung dem Reichstag über ihre Absichten klaren Wein einschenken haben. Eines steht fest, daß der Reichstag geschlossen gegen jede wie auch geartete neue Erhöhung ist und einer Zwangsanleihe aus dem Grunde erheblichen Widerstand entgegenzusetzen werden würde, weil die Prämien- oder die Zwangsanleihe das letzte Mittel zur Geldbeschaffung für die Arbeitsbeschaffung bedeuten. Es drängt nunmehr, auch im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt, alles darauf hin, daß Problem der Arbeitsbeschaffung zu lösen, über das in der Regierung bereits eingehend genug gesprochen worden ist, das aber nach keiner Richtung hin irgendwelche Klärung gefunden hat. Mit Recht kommen aber Zweifel auf, daß die Regierung tatkräftig genug die Arbeitsbeschaffung verfolge. Es sind Anzeichen vorhanden, als ob gleichzeitig eine Reform der Sozialversicherungen geplant ist. Damit aber würde das Arbeitsbeschaffungsproblem außerordentlich erschwert und für Monate verzögert. Mit Recht wird die Forderung erhoben, jedes Experiment, jede Reform in der Sozialversicherung einzuhalten, hinauszuschieben, vor allem davon abzuhellen, eine Senkung der Sozialleistungen zu dekretieren. Nämlich, wenn es gelänge, den Arbeitsmarkt zu beleben, damit die Versicherungsanstalten, Länder und Gemeinden von den Unterstützungslasten teilweise zu befreien, so wäre eine Vorwegnahme der Sozialleistungen überflüssig, da ja in diesem Falle die Gesundung der Versicherungsanstalten die Entlastung des Reiches, der Länder und Gemeinden folgerichtig vollziehen müßte. Der Reichstag ist angesichts dieser bevorstehenden wichtigen Entscheidungen auf Kampf eingestellt und es kann leicht möglich sein, daß die Meinungen hart aufeinanderprallen, wenn die Regierung es nicht versteht, die unkritischen Fragen zunächst aus der Debatte zu lösen. Albert Thomas † Paris, 9. Mai. Der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes beim Völkerverbund in Genf, Albert Thomas, ist hier im 54. Lebensjahr plötzlich gestorben. Thomas speiste gegen Mitternacht in einem Restaurant, als plötzlich sich Atembeschwerden einstellten und er ohnmächtig wurde. Auf dem Wege in ein Hospital starb er. Albert Thomas war von Beruf Oberlehrer. Bereits früh trat er in die sozialistische Bewegung ein. 1910 wurde er in die Kammer gewählt, 1915 zum Munitionsmister und nach Friedensschluss zum Leiter des Internationalen Arbeitsamtes ernannt. Thomas, der der gemäßigten Richtung angehörte, hat sich von Anfang an der Gewerkschaftsbewegung genähert und war auch der Gründer der bekannten Revue Syndicaliste. Mertys Rücktritt angenommen Wendung in der slowaker Memelpolitik? Kowno, 9. Mai. Das Rücktrittsgeßuch des Gouverneurs Mertys ist angenommen worden. Wie verlautet, soll gegenwärtig ein vollständiger Systemwechsel in der litauischen Memelpolitik erwogen werden, wonach die Ernennung des neuen Gouverneurs erfolgen werde. Es soll beabsichtigt sein, dem kommenden Gouverneur in keinen Mitteln zu beschränken und ihn so stärker als bisher in das System der slowaker Politik einzuordnen. Daß das Direktorium Simails bereits Anfang der Woche die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis ziehen wird, wird für wahrscheinlich gehalten. Der neue Landtag soll — was ja auch durch das Memelstatut eindeutig vorgeschrieben ist — das neue Direktorium bilden, doch läßt man den Wunsch durchblicken, daß die Mehrheitsparteien des neuen Memellandes bei der Wahl der künftigen Direktoriumsmitglieder es der litauischen Regierung erleichtern möchten, die neue Politik im Memelgebiet so bald wie möglich im Interesse beider Teile in Gang zu bringen. Laut Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion hatten der türkische Ministerpräsident Ismet Pascha und Außenminister Tewfik Ruchdi Bei während ihres Aufenthaltes in der Sowjetunion wiederholt sehr herliche Unterredungen mit allen verantwortlichen Leitern der Sowjetunion. Die Sowjetregierung eröffnete der Türkei einen langfristigen Kredit in Höhe von acht Millionen Dollar, der der Türkei den Ankauf russischer Maschinen ermöglichen soll und von der Türkei in Jahresraten in Natura abgegolten werden wird.